Deutscher Bundestag
7. Wahlperiode

Drucksache 7/2550

20. 09. 74

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 25. September 1974
am Donnerstag, dem 26. September 1974

Seite

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . . 14,
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen . . . . . . 15, 17 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern . . . . 3, 18 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz 2
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen . . . . 5, 19 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft . . . . 6, 19 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten . . . . 8, 20 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung . 9
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung . . . . . . 10, 21 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit . . . . 11, 22 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen . . . . 12, 22 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau 2
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen . 2
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie . 3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft . 3
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit 14

---

*) *Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien*

Buchdruckerei Peter Meier, 5205 St. Augustin 1 - Buisdorf, Tel. (02241) *61071
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn-Bad Godesberg 1,
Postfach 821, Goethestraße 56, Tel. (02221) 363551

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

1. Abgeordneter **Dr. Riedl (München)**

Wie beurteilt die Bundesregierung die in dem vom Kuratorium zur Bekämpfung der Wohlstandskriminalität vorgelegten Schwarzbuch zum Ladendiebstahl festgestellte ständige Zunahme der Zahl der Ladendiebstähle, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die Verbraucher, die letztlich in ihrer Gesamtheit den sich über 2 Milliarden DM jährlich belaufenden Schaden tragen müssen, zu schützen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

2. Abgeordneter **Pawelczyk** (SPD)

Trifft es zu, daß in einigen Bundeswehrstandorten die Mieten für Bundeswehrwohnungen inzwischen höher sind als für vergleichbare frei angebotene Wohnungen?

3. Abgeordneter **Geldner** (FDP)

Inwieweit ist durch das Bundesbaugesetz oder andere Verordnungen sichergestellt, daß vor allem bei größeren Bauplanungen auch Sachverständige der Klimatologie hinzugezogen werden müssen, damit künftig, mehr als bisher, auch diese Fragen beim Städtebau berücksichtigt werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

4. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

An welchen Stellen stehen die „Materialien zum Bericht der Lage der Nation 1974" im Gegensatz zu Auffassungen der Bundesregierung und warum?

5. Abgeordneter Roser (CDU/CSU)

Trifft die Meldung der „Welt" vom 19. September 1974 zu, dem Generalsuperintendenten der evangelischen Kirche von Berlin-Brandenburg sei von den Ost-Berliner Behörden die Einreise verweigert worden, und welche Schritte wird die Bundesregierung unternehmen, um zu erreichen, daß Ost-Berlin diese neuerliche Verletzung des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin rückgängig macht?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

6. **Abgeordneter** **Dr. Jahn** **(Braunschweig)** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung nicht der Auffassung, daß eine generelle Sperre von 10 Prozent der Mittel für fortlaufende Sachausgaben auf dem gesamten Forschungssektor nur sehr differenzielle Anwendung finden kann, da sonst Wissenschaft und Forschung zum Nachteil der Allgemeinheit erheblichen Schaden nehmen können?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

7. Abgeordneter **Dr. Meinecke** **(Hamburg)** (SPD)	Was hat nach Meinung der Bundesregierung dazu geführt, daß vom Bund vorgeschlagene Themen für Sonderforschungsbereiche bei deren Einrichtung an den Hochschulen nicht aufgegriffen wurden?
8. **Abgeordneter** **Dr. Meinecke** **(Hamburg)** **(SPD)**	Welche Mittel und Wege sieht die Bundesregierung, solche Forschungsvorhaben anzuregen und zu fördern, die in besonderem Maße gesellschaftspolitisch wichtigen und aktuellen und für das Leben des einzelnen Menschen bedeutsamen Fragen gewidmet sind?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

9. Abgeordneter **Dr. Schmitt-** **Vockenhausen** (SPD)	Wie weit sind die Überlegungen über die Einrichtung einer zentralen „Deutschen Kinemathek" und über deren möglichen Standort fortgeschritten?
10. Abgeordneter **Dr. Hirsch** (FDP)	Ist der Bundesregierung bekannt, daß es in der Bundesrepublik Deutschland sogenannte Combat-Schulen gibt, in denen Privatpersonen auf gewerblicher Grundlage beliebige Interessenten darin schulen, unter Kampfbedingungen mit einer Faustfeuerwaffe einen angenommenen Gegner mit einem Schnellschuß zu töten, und ob in diesen privaten Combat-Schulen auch Polizeibeamte und ein Offizier der Bundeswehr nebenberuflich Unterricht erteilen?

11. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP)

Hält die Bundesregierung es unter den Gesichtspunkten der inneren Sicherheit für bedenklich, wenn dort beliebige Privatpersonen nicht nur zu Todesschützen ausgebildet werden, sondern auch Munition in beliebigem Umfang erwerben können, und welche Konsequenzen will die Bundesregierung gegebenenfalls daraus ziehen?

12. Abgeordneter
Dr. Schmitt-Vockenhausen
(SPD)

Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung getroffen, um das Einsammeln und Beseitigen der auf den Binnenschiffen anfallenden häuslichen und betriebsbedingten Abfälle (Ölfässer, verbrauchte Schmierstoffe etc.) zu gewährleisten, und beabsichtigt sie gegebenenfalls, gesetzliche Regelungen zu schaffen?

13. Abgeordneter
Bäuerle
(SPD)

Ist — und gegebenenfalls wann — mit einer Änderung des bestehenden Ausländerrechts zu rechnen?

14. Abgeordneter
Bäuerle
(SPD)

Ist — und gegebenenfalls wann — mit einer Änderung der bestehenden Einbürgerungsbestimmungen zu rechnen?

15. Abgeordneter
Dr. Eyrich
(CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß das französische Industrieministerium beabsichtigt, auf dem zwischen Ottmarsheim und Niffer gelegenen Teil der Rheininsel Salzsilos zu errichten, in die Salzbrühe und Salzkristalle geführt werden sollen, und sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, in Gesprächen mit der französischen Regierung eine solche jeweils 2 km lange Salzeinlagerung zu verhindern, um insbesondere eine Verseuchungsgefahr für das Grundwasser und die Umwelt zu verhindern?

16. Abgeordneter
Windelen
(CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, der Öffentlichkeit am 8. Mai 1975 anläßlich des 30. Jahrestages des Kriegsendes — eventuell unter Verantwortung einer wissenschaftlichen Kommission — eine zusammenfassende Darstellung im Zusammenhang im II. Weltkrieg geschehener Verbrechen von Deutschen und an Deutschen vorzulegen — ggf. warum nicht?

17. Abgeordneter
Windelen
(CDU/CSU)

Welche amtlichen deutschen Dokumentationen der früheren Reichsregierung und der Bundesregierung existieren über diesen Komplex, und welche sind davon jedermann, Wissenschaftlern zu wissenschaftlichen Zwecken, nur dazu befugten Amtspersonen zugänglich?

18. Abgeordneter
Reddemann
(CDU/CSU)

Wann ist mit der Fertigstellung der Dokumentation „Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des zweiten Weltkrieges" zu rechnen?

19. Abgeordneter **Schmöle** (CDU/CSU)	Wieviel Exemplare der bereits fertiggestellten Bände „Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des zweiten Weltkrieges" wurden seinerzeit gedruckt, wieviel sind davon ausgeliefert worden und wieviel befinden sich noch auf Lager?
20. Abgeordneter **Werner** (CDU/CSU)	Wann wird die Veröffentlichung der restlichen bereits gedruckt vorliegenden sowie der noch in Arbeit befindlichen Bände „Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des zweiten Weltkrieges" erfolgen, nachdem die Jugoslawien betreffenden bereits veröffentlicht sind — ggf. warum soll von einer Veröffentlichung abgesehen werden?
21. Abgeordneter **Wohlrabe** (CDU/CSU)	Wann wird die fertiggestellte Dokumentation über während der Vertreibung an Deutschen begangene Verbrechen veröffentlicht — ggf. aus welchen Gründen soll von einer Veröffentlichung abgesehen werden?
22. Abgeordneter **Wohlrabe** (CDU/CSU)	Welchen Umfang hat diese Dokumentation, und wieviel Exemplare stehen für die wissenschaftliche Forschung zur Verfügung?
23. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)	Wie beurteilt die Bundesregierung polnische Behauptungen, die Dokumentation über Verbrechen, die an deutschen Staatsangehörigen begangen worden sind, sei als Geschichtsfälschung und als Erpressungsmanöver zu betrachten?
24. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)	Wird die Bundesregierung erstmalig angebotene oder bisher unausgewertete Zeugenaussagen und Dokumente in einem Nachtrag zu der vorliegenden Materialsammlung zusammenfassen, und wohin müßten sich solche Angebote richten?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

25. Abgeordneter **Dr. Weber (Köln)** **(SPD)**	Ist die Bundesregierung bereit, Verluste aus Spareinlagen oder Kapitalvermögen als aussergewöhnliche Belastung bzw. als einkommensmindernde Belastung anzuerkennen?
26. Abgeordneter **Dr. Weber (Köln)** **(SPD)**	Ist die Bundesregierung bereit, evtl. steuerliche Sonderregelungen zugunsten der durch Bankpleiten Geschädigten zu treffen?

27. **Abgeordnete Frau Berger (Berlin)** (CDU/CSU)

Welche Gründe führt die Bundesregierung dafür an, daß es kein ungewöhnlicher Vorgang sei, wenn das Bundesministerium der Finanzen den 16 Oberfinanzdirektionen einen Betrag von je 500 DM zur Durchführung von Pressekonferenzen zur Verfügung stellt, wie es zur Vorstellung des „Grünbuch zur Lage der Zollverwaltung in der Bundesrepublik Deutschland 1974" geschehen ist?

28. **Abgeordnete Frau Berger (Berlin) (CDU/CSU)**

Wie verteilen sich die vom Bundesministerium der Finanzen benannten Gesamtkosten für das „Grünbuch" in Höhe von 43 387,10 DM auf journalistische Überarbeitung, graphische Gestaltung, Druck und Versand?

29. **Abgeordneter Dr. h. c. Wagner (Günzburg)** (CDU/CSU)

Welchen Staaten hat die Bundesregierung seit 1969 welche Kredite zu welchen Bedingungen gewährt, und wie hat sich seit 1969 der Stand der Forderungen entwickelt, die der Bundesrepublik Deutschland gegenüber ausländischen Staaten zustehen?

30. **Abgeordneter Dr. Zeitel (CDU/CSU)**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die uneingeschränkte Anwendung des Berlinförderungsgesetzes auf die Röstproduktion von Bohnenkaffee (ausgenommen die Produktion von Instantkaffee) wegen der Unverhältnismäßigkeit der Umsatzpräferenz, die ein Mehrfaches der Bearbeitungskosten bei relativ geringer Bearbeitungstiefe (Veredelung) und hohem Rohstoffeinsatz ausmacht, zu einer Entwicklung geführt hat und diese weiter begünstigt, welche durch die Zielsetzung des Berlin FG nicht gedeckt wird und sowohl struktur- als auch wettbewerbspolitisch in höchstem Maße unerwünschte Folgen hat?

31. **Abgeordneter Dr. Zeitel (CDU/CSU)**

Ist die Bundesregierung auf Grund dieser Entwicklung bereit, initiativ zu werden, um die Röstproduktion von Bohnenkaffee unter die Ausnahmebestimmung des § 4 Berlin FG zu stellen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

32. **Abgeordneter Carstens (Emstek)** (CDU/CSU)

Ist sich die Bundesregierung darüber im klaren, daß sich bei der Neuabgrenzung der Fördergebiete für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" durch die Einteilung des Bundesgebietes in über 170 abgegrenzte regionale Arbeitsmärkte nach einem Gutachten von Herrn Prof. Klemmer im Bereich Oldenburg eklatante Ungerechtigkeiten und Fehlentscheidungen ergeben haben, die nur schwerlich durch die „Feinabstimmung" des Landes Niedersachsen abzuändern sein werden?

33. **Abgeordneter**
Carstens
(Emstek)
(CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, besonders strukturschwache Gebiete, die nach der Feinabstimmung durch die Länder noch nicht in die Fördergebiete aufgenommen sein sollten, in ausgesprochenen Härtefällen zusätzlich in die Förderung aufzunehmen?

34. **Abgeordneter**
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung angesichts der sich dauernd verschlechternden konjunkturellen Lage bereit, die Unterschiede in den Förderungspräferenzen für die Schaffung neuer Arbeitsplätze zwischen Schwerpunktorten und übergeordneten Schwerpunktorten bei der Verabschiedung des nächsten Rahmenplanes der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" zu beseitigen?

35. **Abgeordneter**
Röhner
(CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die auf der Tagung der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften vertretene Auffassung, die Strukturpolitik in der Bundesrepublik Deutschland sei nach wie vor protektionistisch und strukturell konservierend und beeinträchtige die im Stabilitätsgesetz festgelegten Ziele der Wirtschaftspolitik des Bundes, und welche Schlußfolgerungen wird die Bundesregierung, sollte die Feststellung zutreffen, daraus ziehen?

36. **Abgeordneter**
Straßmeir
(CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung zwischenzeitlich über die Errichtung einer Verbraucherakademie entschieden und für das Rechnungsjahr 1975 die haushaltsmäßigen Voraussetzungen geschaffen?

37. **Abgeordneter**
Straßmeir
(CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, Berlin als Standort der zu errichtenden Verbraucherakademie vorzusehen, zumal sich für Berlin eine Reihe von sachlichen Anknüpfungspunkten, wie z. B. die Stiftung Warentest, ergeben?

38. Abgeordneter
Nordlohne
(CDU/CSU)

Weshalb macht die Bundesregierung durch ihre eingebrachten Vorschläge bei der Neuabgrenzung der Fördergebiete im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" die Auffassung von Prof. Klemmer (Universität Bochum) zu eigen, wonach durch die Zusammenlegung von mehreren strukturschwachen und bisher geförderten Kreisen mit einem Oberzentrum zu einer gemeinsamen Arbeitsmarktregion der Schwellwert von 250 erreicht werden kann und deshalb eine künftige Förderung entfallen soll?

39. Abgeordneter
Nordlohne
(CDU/CSU)

Hat nicht eine Untersuchung, die für die Entscheidungsgrundlagen Räume statistisch zusammenfaßt und jeden regionalen Strukturunterschied unberücksichtigt läßt, zum Ergebnis, daß strukturstarke Gebiete weiter gefördert werden sollen, während strukturschwache Gebiete nicht mehr gefördert werden können?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

40. Abgeordneter
Dr. Jahn (Braunschweig)
(CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß durch die vom Bundesfinanzministerium verfügte Sperre von 10 Prozent der Mittel für fortlaufende Sachausgaben die Biologische Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft nicht mehr in der Lage ist, die Laboratorien und Gewächshäuser betriebsfähig zu halten und die Bundesforschungsanstalt fast zum vollkommenen Abbruch der experimentellen Tätigkeit und zu einer beachtlichen Verzögerung im Fortgang der Arbeiten beim notwendigen Wiederaufbau der Versuchskulturen zwingen?

41. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU)

Durch welche volkswirtschaftlichen Fakten wurde die Haltung von Bundesminister Ertl bei den Agrarpreisverhandlungen in Brüssel bestimmt, als er für die Bundesrepublik Deutschland nur einer Maximalforderung von + 4% zustimmen wollte?

42. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU)

Aus welchem Grunde hat die Bundesregierung im Haushaltsplan 1975 keine Stützung für den deutschen Gartenbau vorgesehen, obgleich die Wettbewerbsverzerrungen vor allem bei den Energiekosten gegenüber Holland bisher nicht abgebaut sind?

43. Abgeordneter
Müller (Nordenham)
(SPD)

Ist beabsichtigt, Vorschriften über Höchstgehalte an Schwermetallen in Futtermitteln für Tiere auch als Schutzgesetz der jeweiligen Produzenten zu konzipieren, so daß auch Produzenten auf Grund der beabsichtigten Vorschriften gegebenenfalls Ansprüche gegen diejenigen erwerben können, welche eine Produktion innerhalb etwaiger gesetzlicher Höchstmengen an Schwermetallen verhindern?

44. Abgeordneter
Gansel
(SPD)

Ist die gemeinsame Stellungnahme des Bundes und der Länder vom 28. Juni 1974 in Bremen so zu verstehen, daß der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten die Ansicht vertritt, die Prognose AG, Basel, sei in ihrer Kosten-Nutzen-Untersuchung zur Molkereistrukturpolitik vor allem wegen der Anwendung falscher Methoden zu ganz überwiegend unrichtigen Ergebnissen gelangt, in Wahrheit sei die Molkereistrukturpolitik, von einigen Ausnahmen abgesehen, ein voller Erfolg gewesen und müsse (wenigstens) bis 1980 weiterlaufen, und daß es nur auf einen Flüchtigkeitsfehler zurückzuführen ist, daß in der Stellungnahme unter dem Abschnitt „Ziele und Ausgestaltung der Maßnahmen zur Verbesserung der Molkereistruktur" ein Hinweis darauf fehlt, daß zu den Zielen auch ein preisgünstiges Angebot für den Verbraucher gehört?

45. Abgeordneter
Konrad
(SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß landwirtschaftliche Alterskassen die bei ihnen eingegangenen Anträge auf Gewährung von Landabgaberente mit der Begründung, daß der Gesetzgeber noch nicht bestimmt habe, welches Amt die Bescheinigung ausstellt, daß die landaufnehmenden landwirtschaftlichen Betriebe in den Genuß der vom Rat der Europäischen Gemeinschaften zur Modernisierung beschlossenen Förderungsmaßnahme kommen, nicht bearbeiten, und welche Maßnahmen will die Bundesregierung ergreifen, die abgebenden Landwirte vor Schaden, z. B. in ihrer gesetzlichen Krankenversicherung, zu bewahren?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

46. Abgeordneter
Dr. Haenschke
(SPD)

Beabsichtigt die Bundesregierung eine Novellierung des Gesetzes über das Konkursausfallgeld, um die Erfüllung von Ausbildungsverträgen im Konkursfalle der Ausbildungsfirma zu sichern?

47. Abgeordneter
Walkhoff
(SPD)

Worauf ist es nach Auffassung der Bundesregierung zurückzuführen, daß laut Pressemeldung des Caritasverbandes 756 der von katholischer Seite angebotenen Zivildienstplätze bisher nicht besetzt werden konnten?

48. Abgeordneter
Zebisch
(SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß das Chemiewerk Bützfleth des amerikanischen Konzerns Dow Chemical Einstellungsbewerbern Fragebogen mit dem Text „Woran ist der Ehegatte gestorben oder erkrankt, hatte ein Blutsverwandter Krankheiten wie Alkoholismus, Heuschnupfen, Allergie, haben Sie Angstträume, Bettnässen, Fallsucht, Epilepsie, Höhenangst, Menschenangst, Schwermut, Gedächtnisschwund, häufiges Schwitzen, Nachtschweiß, Verstopfung und Geschlechtskrankheiten oder haben Sie ein Glied (Arm, Bein, Finger etc.) verloren? Haben Sie jemals Zigaretten geraucht, alkoholische Getränke genossen oder einen Selbstmordversuch unternommen? Bei welchen Waffengattungen haben Sie im Militärdienst gedient und welchen Dienstgrad bekleideten Sie" vorlegt, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um derartige Vorkommnisse zu verhindern?

49. Abgeordneter
Zebisch
(SPD)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung für den Arbeitnehmer, sich gegen diese Fragebogen und gegen folgende ebenfalls am Schluß der Fragebogen enthaltene Erklärung „Gleichzeitig entbinde ich alle von mir in Anspruch genommenen Ärzte, Krankenhäuser und Universitäten ihrer ärztlichen Schweigepflicht" zu wehren?

50. Abgeordneter **Graf Stauffenberg** (CDU/CSU)	Wie beurteilt die Bundesregierung die Forderungen, die Aussperrung als das dem Streik entsprechende Kampfmittel der einen Tarifvertragspartei für unzulässig zu erklären, und wird sie gegebenenfalls ein entsprechendes Gesetz einbringen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

51. Abgeordneter **Reiser** (SPD)	Kann die Bundesregierung die Meldung bestätigen, wonach Medikamente der Bundeswehr aus dem Beschaffungsjahr 1962 im Werte von 8,3 Millionen DM nun als inzwischen unbrauchbar vernichtet wurden, und (gegebenenfalls) wie bewertet die Bundesregierung diesen Vorgang?
52. Abgeordneter **Fiebig** (SPD)	Ist der Bundesregierung bekannt, daß Vorsitzende von Prüfungsausschüssen für Kriegsdienstverweigerer behaupten, daß das in Artikel 4 Abs. 3 des Grundgesetzes garantierte Grundrecht auf Wehrdienstverweigerung lediglich ein Ausnahmerecht darstelle, und ist die Bundesregierung bereit, dafür Sorge zu tragen, daß in Zukunft solche Äußerungen in den Prüfungsausschüssen durch Vorsitzende unterbleiben?
53. Abgeordneter **Dr. h. c. Wagner (Günzburg)** (CDU/CSU)	Zu welchen Schlußfolgerungen gibt der Bundesregierung die Veröffentlichung des Instituts für Strategische Studien Anlaß, in der über eine weitere Reduzierung des Mannschaftsstandes der US-Streitkräfte berichtet wird, während die Sowjetunion ihre Truppen um 100 000 Mann aufgestockt und im letzten Jahr weitere drei Armeedivisionen aufgebaut hat?
54. Abgeordneter **Dr. Franz** (CDU/CSU)	Hat die Bundesregierung Feststellungen auf gesicherter wissenschaftlicher Grundlage darüber getroffen, welche Entwicklung die Zahl der Kriegsdienstverweigerer nehmen wird, falls das Prüfungsverfahren stark vereinfacht, bzw. abgeschafft wird, und ist die Bundesregierung verneinendenfalls bereit, entsprechende Untersuchungen in Auftrag zu geben, damit ein Überblick über die erforderlichen Vorbereitungen zur gleichmäßigen Ableistung der Wehrpflicht und Zivildienstpflicht getroffen werden können?
55. Abgeordneter **Dr. Franz** (CDU/CSU)	Wie beabsichtigt die Bundesregierung im Interesse der Wehrgerechtigkeit und der Zivildienstgerechtigkeit eine einheitliche quotenmäßige Einberufung von Zivildienstpflichtigen und Wehrpflichtigen bei den zu erwartenden starken Jahrgängen sicherzustellen, um nicht dadurch eine Ungerechtigkeit entstehen zu lassen, daß quotenmäßig weit mehr Zivildienstleistende einberufen werden, als Wehrpflichtige benötigt werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

56. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)	Wie hoch sind die aus dem bis zum 30. Juni 1974 befristeten Gesetz über die Gewährung eines Heizkostenzuschusses geleisteten Ausgaben, und beabsichtigt die Bundesregierung eine Härteregelung für solche Anspruchsberechtigten, denen erst nach dem 30. Juni die Abrechnung über die Höhe der Heizkosten von den Vermietern zugestellt wurde und die somit keine Möglichkeit hatten, das Gesetz in Anspruch zu nehmen?
57. Abgeordneter **Kroll-Schlüter** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung bereit, die von den Herren Morath, Pabst und Willwacher mit Unterstützung der Stiftung für Bildung und Behindertenförderung herausgegebene Informationsbroschüre über die gesetzlichen Hilfen für Alleinstehende mit Kindern und Familien mit Kindern als Anregung aufzugreifen für eine bessere Information durch die zuständigen Bundesministerien?
58. Abgeordneter **Prinz zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein** (CDU/CSU)	Welche Gründe haben den Staatssekretär im Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit (Professor Dr. Wolters) veranlaßt, in seinem Briefwechsel mit dem Stellvertreter des Ministers für Gesundheitswesen der Deutschen Demokratischen Republik (veröffentlicht im Bulletin Nr. 53/S. 528) den Namen einer Bundesbehörde zu ändern und auf das Wort ‚deutsch' bei der Bundesoberbehörde „Deutsches Institut für medizinische Dokumentation und Information in Köln" zu verzichten?
59. **Abgeordneter Prinz zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein** (CDU/CSU)	Beabsichtigt die Bundesregierung, die Bezeichnung der Bundesoberbehörde „Deutsches Institut für medizinische Dokumentation und Information in Köln" dahin gehend zu ändern, daß künftig das Wort ‚deutsch' entfällt?
60. Abgeordnete **Frau Dr. Neumeister** (CDU/CSU)	Wie beurteilt die Bundesregierung die neue niederländische Regelung, wonach bei jeder Fernsehwerbung für Süßigkeiten im Interesse einer breiten Karies-Prophylaxe gleichzeitig eine überdimensionierte Zahnbürste gezeigt werden muß, und es verboten ist, Süßwarenwerbung im Fernsehen vor 20 Uhr und unter Mitwirkung von Kindern unter 14 Jahren zu zeigen, und würde sie ähnliche Regelungen auch in der Bundesrepublik Deutschland für geeignet halten?
61. Abgeordnete **Frau Dr. Neumeister** (CDU/CSU)	Hält die Bundesregierung im Hinblick auf die jüngst vom Deutschen Bundestag trotz der praktizierten Selbstbeschränkung der Industrie beschlossenen Werbeeinschränkungen für

	Tabakerzeugnisse auch in der Bundesrepublik Deutschland eine Selbstbeschränkung der Süßwarenindustrie bei ihrer Fernsehwerbung, soweit sie sich an Kinder richtet, für notwendig?
62. Abgeordneter **Würtz** (SPD)	Sind der Bundesregierung Schwierigkeiten bei der formalen Antragstellung und Bearbeitung von Kindergeldanträgen im Rahmen der Steuerreform bekannt?
63. Abgeordneter **Würtz** (SPD)	Wenn ja, was gedenkt sie zu tun, um das Verfahren unbürokratischer zu gestalten?
64. Abgeordneter **Dr. Wernitz** (SPD)	Wie viele der 6 Millionen Anträge auf Kindergeld (neu) sind derzeit bei der Arbeitsverwaltung eingegangen, und wie hoch ist dabei der Anteil an mangelhaft ausgefüllten Anträgen?
65. Abgeordneter **Dr. Wernitz** (SPD)	Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um sicherstellen zu helfen, daß die Kindergeldanträge rechtzeitig vor Jahresende 1974 hereinkommen?
66. Abgeordneter **Immer** (SPD)	Inwieweit ist die Bundesregierung in der Lage und bereit, die Erforschung von Diagnose und Therapie psychischer Erkrankungen ebenso zu fördern wie bisher schon andere Bereiche der Human-Medizin?
67. Abgeordneter **Immer** (SPD)	Inwieweit ist der Bundesregierung bekannt, daß die Resozialisierung und Rehabilitierung von psychisch Erkrankten nach ihrer Heilung eher erschwert bzw. fast unmöglich ist, und was gedenkt sie dagegen zu tun?
68. Abgeordnete **Frau Schleicher** (CDU/CSU)	Mit welchen Kosten müssen wie viele Anträge auf Gewährung von Kindergeld nach der Neuregelung zwecks Ergänzung und Berichtigung an die Antragsteller zurückgeschickt werden, und welche Schlußfolgerungen ergeben sich für die Bundesregierung aus den bisher gemachten Erfahrungen mit einer Regelung, deren Durchführung trotz des in die Millionen DM gehenden Aufklärungsaufwandes zu derartigen Schwierigkeiten führt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

69. Abgeordneter **Dr. Corterier** (SPD)	Hält die Bundesregierung die Ansicht für zutreffend, daß die Rheinstaustufe Neuburgweier gebaut werden soll, obwohl mit einem Aufwand von 22 Millionen DM derzeit Gutachten in Arbeit sind, die schädliche Auswir-

kungen und mögliche Alternativen zum Staustufenbau erst einmal klären sollen, und ist es zutreffend, daß zwischen den Rheinschifffahrtsdirektionen Freiburg und Mainz verschiedene Auffassungen über Sinn und Notwendigkeit der Errichtung weiterer Rheinstaustufen bestehen?

70. Abgeordneter **Dr. Corterier**
(SPD)

Ist es zutreffend, daß Wissenschaftler der mit einer Gutachtenerstattung beauftragten Bundesanstalt für Wasserbau in Karlsruhe von der Mitarbeit bei der Gutachtenerstellung ausgeschlossen wurden, weil sie die mathematisch-physikalische Methodik für falsch hielten, mit der die Rheinerosion innerhalb der Bundesanstalt zur Begründung der Notwendigkeit des Staustufenbaus berechnet wird?

71. Abgeordneter **Dr. Jenninger**
(CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die in den Jahren 1967 bis 1972 von der Bundesregierung den Kommunen gewährten Investitionshilfen zum Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und für den kommunalen Straßenbau von ca. 3 Milliarden DM mit 2,7 Milliarden DM, also zu 90%, in den großen Ballungsräumen eingesetzt wurden?

72. Abgeordneter **Dr. Jenninger**
(CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die in dem gleichen Zeitraum bereitgestellten Mittel für den kommunalen Straßenbau von ca. 3,2 Milliarden DM zu über 60% in die kreisfreien Städte geflossen sind und sich damit das Ungleichgewicht der Lebensbedingungen zu Ungunsten der ländlichen Regionen weiter verschoben hat?

73. Abgeordneter **Dr. Jobst**
(CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Befürchtung (DVZ vom 19. September 1974), der Rhein-Main-Donau-Kanal bringe eine Gefahr für die deutsche Binnenschiffahrt, weil die staatseigenen Reedereien der Länder des Ostblocks eine beherrschende Rolle einnehmen werden?

74. Abgeordneter **Vahlberg**
(SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß eine Reihe deutscher Piloten, zum Beispiel bei der Bavaria-Fluggesellschaft, entlassen werden, während gleichzeitig ausländische Piloten von deutschen Luftfahrtunternehmen weiter beschäftigt werden, und daß andererseits deutsche Piloten im europäischen Ausland keine Möglichkeiten haben, ihren Beruf auszuüben, und welche Schritte gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um der Benachteiligung deutscher Piloten im Ausland entgegenzuwirken, bzw. eine Gleichstellung deutscher Piloten im Ausland mit ausländischen Piloten in der Bundesrepublik zu bewirken?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

75. Abgeordneter **Wawrzik** (CDU/CSU)	Liegen der Bundesregierung seit September 1973 Anträge der Chilenischen Regierung für Neuprojekte, Verlängerung von Projekten oder weiterführende Maßnahmen bzw. Anschlußprojekte vor, und wie sind diese Anträge behandelt worden?
76. Abgeordneter **Wawrzik** (CDU/CSU)	Wurden seit September 1973 von kirchlichen oder privaten Organisationen Anträge auf Förderung von Neuprojekten, Verlängerungen von Projekten oder weiterführende Maßnahmen bzw. Anschlußprojekte in Chile vorgelegt, und wie wurden diese Anträge behandelt?
77. Abgeordneter **Roser** (CDU/CSU)	Für welchen Zeitraum gilt die Erklärung des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit, an dem Gewicht zwischen bilateraler und multilateraler Hilfe werde sich nicht viel ändern, und teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß ein Festhalten an dieser Relation in den kommenden Jahren es unmöglich macht, daß Europa in Gestalt der Europäischen Gemeinschaft auf entwicklungspolitischem Gebiet zu einer handlungsfähigen Einheit wird?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

78. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)	Wird Bundesjustizminister Dr. Hans-Jochen Vogel nach dem 27. Oktober 1974 für den Fall, daß er nach der bayerischen Landtagswahl nicht Ministerpräsident wird, in Bonn Bundesminister bleiben?
79. Abgeordneter **Dr. Wittmann** **(München)** (CDU/CSU)	Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß es über die vollständige Rücknahme der widerrechtlichen Erhöhung des Zwangsumtauschsatzes bei Reisen in den anderen Teil Deutschlands weder Absprachen noch Gegenleistungen geben kann, da es allein Sache der „DDR" ist, das von ihr gesetzte Unrecht wieder zu beseitigen, und hat der Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin bei seinem Gespräch mit dem SED-Chef diese Auffassung mit Nachdruck vertreten?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

80. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung an dem Standpunkt fest, wonach ihr das Viermächteabkommen über Berlin die Errichtung weiterer Bundesbehörden in West-Berlin gestattet, und wird sie daraus in absehbarer Zeit in Übereinstimmung mit den drei westlichen Schutzmächten praktische Konsequenzen ziehen?

81. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung durch die Volksrepublik Polen bereits im April 1974 davon in Kenntnis gesetzt worden, wie aus einer Rede des damaligen Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Apel in Hamburg von Anfang Mai hervorgeht, daß das polnische Zentralkomitee die Zusage des polnischen Außenministers Olszowski, 50 000 Aussiedlungswillige könnten 1974 aussiedeln, widerrufen hat, und warum hat sie bejahendenfalls diesen Sachverhalt noch am 12. Juni 1974 im Deutschen Bundestag verschwiegen, und in welcher Weise ist sie inzwischen bei der polnischen Regierung vorstellig geworden, um an das gegebene und inzwischen widerrufene Wort des polnischen Außenministers zu erinnern?

82. Abgeordneter
Josten
(CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, in Verbindung mit den Ländern dafür zu sorgen, daß Zeugnisse und Diplome, welche von Ausländern an deutschen Institutionen im In- und Ausland erworben werden, mit einem Text in deutscher Sprache und in der amtlichen Landessprache des Ausgebildeten angefertigt werden?

83. Abgeordneter
Metzger
(SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit, zwischen den Organisationen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR baldmöglichst eine Vereinbarung über die Weiterentwicklung der deutsch-sowjetischen Sport- und Jugendbeziehungen abzuschließen?

84. Abgeordneter
Metzger
(SPD)

Auf welche Weise kann die Bundesregierung dazu beitragen, neben Jugoslawien auch mit den anderen ost- und südosteuropäischen Ländern Vereinbarungen über die Intensivierung der Sport- und Jugendbeziehungen zu treffen?

85. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU)

Welche Hilfsmaßnahmen sind für die Flüchtlinge aus Mozambique seitens der Bundesregierung erfolgt, in die Wege geleitet oder geplant?

86. **Abgeordneter** **Dr. Schulze-Vorberg** (CDU/CSU)	Teilt die Bundesregierung die von Staatsminister Moersch im Namen der Bundesregierung aufgestellte Behauptung in der Fragestunde des Deutschen Bundestages vom 19. September 1974, der Bundesrat habe „sinnlos" gehandelt, und erkennt die Bundesregierung hier die Gefahr, daß solche „Regierungsschelte" gegen ein Verfassungsorgan die parlamentarischen Grundrechte beschneiden könnte oder einschränken will?
87. **Abgeordneter** **Dreyer** (CDU/CSU)	Stimmen Meldungen, wonach die neue isländische Regierung beabsichtigt, ihre Fischereigrenze auf 200 Seemeilen auszudehnen, und wie gedenkt die Bundesregierung sich in dieser Frage zu verhalten?
88. **Abgeordneter** **Schröder** **(Wilhelminenhof)** (CDU/CSU)	Welche Schritte hat die Bundesregierung unternommen, nachdem die isländische Regierung den vom Internationalen Gerichtshof anerkannten deutschen Standpunkt erneut abgelehnt hat?
89. **Abgeordneter** **Dr. Czaja** (CDU/CSU)	Warum ist die Bundesregierung nicht verpflichtet, auch jedem einzelnen Deutschen gegen völkerrechtswidriges Unrecht anderer Staaten — z. B. einzelnen Vertriebenen gegen die entschädigungslose Konfiskation zivilen Vermögens in der Heimat (vgl. Drucksache 7/2765 S. 4) — unter Beachtung der allgemeinen Regeln des Völkerrechts und zur Wahrung des völkerrechtlichen Mindeststandards wirksamen Schutz, Unterstützung und Hilfe mit allen völkerrechtskonformen Mitteln angedeihen zu lassen, nachdem sie sich selbst zu dieser Schutzpflicht bekannt und das Bundesverfassungsgericht sie mit gesetzlicher Verbindlichkeit für alle Staatsorgane festgestellt hat?
90. **Abgeordneter** **Dr. Czaja** (CDU/CSU)	Ist es möglich, daß das jahrelange Sammeln und Weiterleiten von Staats- und Parteigeheimnissen durch das Ehepaar Bulla — sich auf die Verhandlungspositionen in späteren Jahren auswirken — der Bundesrepublik Deutschland beim Warschauer Vertrag Schaden zugefügt hat, und wird aus Gründen der Staatssicherheit und der verfassungskonformen Auslegung von Verträgen diese Frage geprüft, obwohl die Strafverfolgung verjährt ist?

B. Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

1. Abgeordneter **Dr. Häfele** (CDU/CSU)

Hat Bundeskanzler Schmidt anläßlich der Gewährung des Kredits an Italien auch deutsche Anliegen verfochten, wie sie seit Jahren Italien gegenüber vorgebracht werden, z. B. die Beseitigung von Handelsdiskriminierungen, die Begnadigung des in Haft gehaltenen Herbert Kappler oder das Einstellen des Tötens von Singvögeln und wenn ja, mit welchem Erfolg?

2. Abgeordneter **Dr. Klepsch** (CDU/CSU)

Welche Haltung hat die Bundesregierung im Ministerkomitee des Europarats zu dem in der Empfehlung 734 der Parlamentarischen Versammlung enthaltenen Vorschlag eingenommen, der Einberufung des Gemischten Ausschusses auf Ministerebene zuzustimmen, um die durch den Zypern-Konflikt aufgeworfenen Probleme dringlich zu prüfen?

3. Abgeordneter **Dr. Stavenhagen** (CDU/CSU)

Wie viele deutsche Staatsbürger befinden sich derzeit in spanischen Gefängnissen, und was unternimmt die Bundesregierung, um die Rechte dieser Inhaftierten zu wahren und insbesondere unschuldig Verhaftete schnellstmöglich frei zu bekommen?

4. Abgeordneter **Dr. Riedl (München)** (CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung bisher unternommen, um dem Verlangen der Weltöffentlichkeit Nachdruck zu verleihen, die Sowjetunion zur Beachtung der Menschenrechtsdeklaration der Vereinten Nationen zu veranlassen, und hat sie sich insbesondere für die Freilassung verhafteter Bürgerrechtler, wie z. B. dem Schriftsteller Bukovskij, eingesetzt?

5. Abgeordneter **Dr. Franz** (CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen zu, die 1974 in der „DDR" stattfindende Generalversammlung des internationalen Kunstkritikerverbands habe 1972 wegen totalem Desinteresses des Bundes und des Landes nicht in Kassel durchgeführt werden können, und in Montreal habe die — durch die Untätigkeit der Bundesregierung erleichterte — Unterwanderung des Department of German der McGil-Universität durch die „DDR" nur durch das Eingreifen der kanadischen Behörden gestoppt werden können, und welche Konsequenzen wird — bejahendenfalls — die Bundesregierung daraus für ihre zukünftige auswärtige Kulturpolitik ziehen?

6. Abgeordneter **Dr. Franz** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung den sowjetischen Außenminister bei seinem Besuch in Bonn wissen lassen, daß die brutale Zerstörung einer Kunstausstellung in Moskau mit Hilfe von Planierraupen, Wasserwerfern und jugendlichen Wachtrupps und daß die Verbrennung der noch übrig gebliebenen Kunstwerke sowie die Verfolgung der ausstellenden Künstler vom deutschen Volk mit Abscheu zur Kenntnis genommen wird und geeignet ist, die deutsch-sowjetischen Beziehungen zusätzlich zu belasten?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

7. Abgeordneter **Scheffler** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, wer neben den Einnahmen aus Zuschlagserlösen der Sonderbriefmarken zur Finanzierung der Stiftung Deutsche Sporthilfe beigetragen hat, und welche Förderungsmaßnahmen mit diesen Mitteln bisher durchgeführt wurden?

8. Abgeordneter **Barche** (SPD)

Ist die Bundesregierung mit mir der Auffassung, daß die Verregnung von nur mechanisch vorgeklärten Abwässern und Fäkalien aus Großstädten auf landwirtschaftliche Anbauflächen in unmittelbarer Nähe von menschlichen Siedlungen gegen die Bestimmungen des Abfallbeseitigungs- und Immissionsschutzgesetzes verstößt und auf Dauer für die in solchen Gebieten wohnenden Menschen unzumutbar ist, und unter Umständen durch die Verregnung und Versprühung der hochinfektiösen Abwässer ernsthafte Erkrankungen mittel- oder unmittelbar entstehen können?

9. Abgeordneter **Barche** (SPD)

Welche Möglichkeiten hat die Bundesregierung, wenn sie meine Auffassung teilt, den gesetzlichen Bestimmungen Anerkennung zu verschaffen, falls die infragekommenden Kommunen bzw. Bezirksregierungen den Übelstand nicht abstellen?

10. Abgeordneter **Büchner** (SPD)

Wie setzen sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Einnahmen und Ausgaben für die Ausrichtung der X. Fußball-Weltmeisterschaft 1974 zusammen?

11. Abgeordneter **Walkhoff** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, dafür zu sorgen, daß die Beamten des Bundesgrenzschutzes über die Existenz und Gültigkeit der auf Grund des Artikels 7 Abs. 1 des dem Vertrag zur Einsetzung eines gemeinsamen Rates und einer gemeinsamen Kommission der Europäischen Gemeinschaften beigefügten Protokolls über die Vorrechte und Befreiungen der EG ausgestellten Pässe informiert werden, damit Benutzer dieser Ausweise beim Grenzübergang nicht zusätzliche Wartezeiten hinnehmen müssen, die dadurch entstehen, daß sich die kontrollierenden Beamten erst bei vorgesetzten Dienststellen nach der Gültigkeit des Passes erkundigen müssen?

12. **Abgeordneter Dr. Wernitz**
(SPD)

Trifft es zu, daß die Verzögerung des Inkrafttretens der Rechtsverordnung zu § 62 BGS-Gesetz (Übertragung von Grenzschutzaufgaben auf die Zollverwaltung) u. a. auf die Haltung der bayerischen Staatsregierung in dieser Frage zurückzuführen ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

13. **Abgeordneter Eigen**
(CDU/CSU)

Aus welchem Grunde nutzt die Bundesregierung die von der EG-Kommission als vertragskonform bezeichnete Kostensenkung bei Dieselöl bis zur Höhe der gesamten Besteuerung nicht aus?

14. **Abgeordneter Immer**
(SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die neuerlich geübte Praxis der Finanzverwaltungen, bei der Besteuerung der betriebseigenen Werksverpflegung nicht mehr die ausgewiesenen finanziellen Leistungen, sondern ortsübliche Vergleichspreise des Gaststättengewerbes zugrunde zu legen?

15. **Abgeordneter Immer**
(SPD)

Inwieweit gedenkt die Bundesregierung, dem Umstand Rechnung zu tragen, daß der seit vielen Jahren nicht mehr erhöhte steuerfreie Betrag (1,50 DM) bei der Gewährung einer betriebseigenen Werksverpflegung schon lange nicht mehr den geleisteten Aufwendungen entspricht und damit der Arbeitnehmeranteil erheblich erhöht wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

16. **Abgeordneter Kater**
(SPD)

Wie groß ist nach den Erfahrungen und Erkenntnissen der Bundesregierung der Anteil an Insolvenzen und Konkursen in diesem Jahr, die durch einen Mangel an Know-how bei den betroffenen Unternehmen verursacht wurden?

17. **Abgeordneter Kater**
(SPD)

Was will und wird die Bundesregierung veranlassen, um dazu beizutragen, daß vor allem kleine und mittlere Unternehmen verpflichtet werden, sich in regelmäßigen — mindestens dreijährigen — Abständen von Fachleuten beurteilen zu lassen, um wirtschaftliche Fehleinschätzungen und die sich daraus ergebenden sozialen Folgen mehr als bisher zu verhindern?

18. Abgeordneter **Windelen** (CDU/CSU)	Wie hoch war die Zahl der Insolvenzen sowie der dadurch betroffenen Arbeitsplätze im Jahr 1973, im ersten Halbjahr 1974, und wie lauten die entsprechenden geschätzten Zahlen für das zweite Halbjahr 1974?
19. Abgeordneter **Dr. Jenninger** (CDU/CSU)	Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Mineralölgesellschaften durch rigoroses Schließen von Tankstellen besonders in dünn besiedelten ländlichen Räumen eine Lage zu schaffen drohen, in der die Versorgung dieser Gebiete mit Treibstoff ernsthaft gefährdet ist?
20. Abgeordneter **Dr. Jenninger** (CDU/CSU)	Welche Maßnahmen sind geplant, um die Versorgung der Bevölkerung mit Treibstoff auch in diesen Räumen weiterhin sicherzustellen?
21. Abgeordneter **Nordlohne** (CDU/CSU)	Für welchen Zeitraum gedenkt die Bundesregierung im Rahmen des zu verabschiedenden 4. Rahmenplanes der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" großzügige Übergangsregelungen für die Gebiete zu schaffen, die nach der Neuabgrenzung mit Wirkung vom 1. Januar 1975 trotz erheblicher Strukturschwächen keine Fördergebiete mehr sein sollen?
22. Abgeordneter **Nordlohne** (CDU/CSU)	Ist es möglich, daß die dem Land Niedersachsen für die gemeindescharfe Abgrenzung zugebilligte Dispositionsmasse von 180 000 Einwohnern nicht nur dazu verwendet wird, im gesamten Lande die Feinabstimmung zu ermöglichen, sondern damit auch eine indirekte Wiederhereinnahme der Arbeitsmarktregionen 11 (Harburg, Bremervörde, Stade), 13 (Osterholz, Verden, Braunschweig, Hoya) und 15 (Ammerland, Cloppenburg, Oldenburg-Land, Oldenburg-Stadt) in den Kreis der künftigen Fördergebiete zu erreichen?
23. Abgeordneter **Straßmeir** (CDU/CSU)	Ist bei den derzeit an Tankstellen vorhandenen Luftdruck-Meßgeräten eine exakte Anzeige und Kontrolle der Druck-Werte gewährleistet?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

24. Abgeordneter **Geldner** (FDP)	Wie hoch ist in den einzelnen Ländern der EG der Anteil der Nahrungsmittel an den gesamten Lebenshaltungskosten, und worauf sind die bestehenden Unterschiede im wesentlichen zurückzuführen?

25. Abgeordneter **Dr. Gölter** (CDU/CSU)	Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, die deutsche Weinwirtschaft im Herbst 1974 durch Erntebergungskredite zu unterstützen?
26. Abgeordneter **Eigen** (CDU/CSU)	Auf welche Weise gedenkt die Bundesregierung sicherzustellen, daß bei den Schutzmaßnahmen der EG bei Einfuhren von Obst- und Gemüsekonserven aus Drittländern auch Erzeugnisse eingeschlossen werden, die für die deutschen Erzeuger von Bedeutung sind?
27. Abgeordneter **Müller (Nordenham)** (SPD)	Beabsichtigt die Bundesregierung, allgemein verbindliche Höchstgehalte an Schwermetalin Futtermitteln für Tiere durch Gesetze, Verordnungen oder Richtlinien festzusetzen, und wenn ja, in welcher Form soll dies geschehen, wie weit ist der Stand der Beratung, und wann kann mit dem Inkrafttreten solcher Bestimmungen gerechnet werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

28. Abgeordneter **Köster** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung auch der Meinung, daß die seit 1963 unveränderte Zulage für Besatzungen strahlgetriebener Flugzeuge erhöht werden muß, weil u. a. die Verschärfung der Streßsituation der Besatzungen und die wirtschaftliche Entwicklung eine Anpassung der Aufwandsentschädigung erfordern?
29. Abgeordneter **Köster** (CDU/CSU)	Beabsichtigt die Bundesregierung, den Flugzeugführern strahlgetriebener Flugzeuge in der Laufbahn „BO-40", die trotz Erfüllung laufbahnrechtlicher Voraussetzungen auf Grund des sogenannten „Hauptmann-Staues" nicht zum Major befördert werden können, die Besoldung nach A 12 zu ermöglichen?
30. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)	Ist der Bundesregierung bekannt, daß die bisherige Praxis, Wehrpflichtige oder Ersatzdienstpflichtige bei der Ausbildung nur dann zurückzustellen, wenn z. B. beim Studium ein Drittel der vorgesehenen Ausbildungzeit zurückgelegt worden ist, zu Härten z. B. bei solchen Betroffenen führen, die an der Technischen Universität München studieren, erst das 2. Semester absolvieren konnten und so bei nunmehriger Verweigerung weiterer Rückstellung die bisherigen angefangenen Semester praktisch als verloren gelten?
31. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung bereit, diese Praxis zu überprüfen mit dem Ziel, daß Wehrpflichtige oder Ersatzdienstpflichtige in solchen Fällen bis zum Vordiplom zurückgestellt werden, wenn diese sich verpflichten, daß sie nach Ablegung des Vordiploms auf weitere Rückstellung verzichten und anschließend die Wehrpflicht bzw. den Ersatzdienst ableisten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

32. Abgeordneter **Geldner** (FDP)	Hat die Bundesregierung schon einen Überblick oder Berechnungen darüber, wie sich die neue Kindergeldregelung vom 1. Januar 1975 an in etwa auf die landwirtschaftlichen Einkommen auswirken wird, und welche generelle Einkommensverbesserung bei der Gesamtbevölkerung dürfte von dieser Neuregelung zu erwarten sein?
33. Abgeordneter **Müller** **(Nordenham)** (SPD)	Beabsichtigt die Bundesregierung, allgemein verbindliche Höchstgehalte an Schwermetallen in Lebensmitteln durch Gesetze, Verordnungen oder Richtlinien festzusetzen, und wenn ja, in welcher Form soll dies geschehen, wie weit ist der Stand der Beratung, und wann kann mit dem Inkrafttreten solcher Bestimmungen gerechnet werden?
34. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)	Sind der Bundesregierung Ergebnisse amerikanischer Forschungen bekannt, nach denen Autofahrer, die stark rauchen, unaufmerksamer seien als Nichtraucher und deswegen doppelt so viel Unfälle hätten als Nichtraucher, und liegen bei uns vergleichbare Forschungsergebnisse vor?
35. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)	Welche Folgerungen wären gegebenenfalls nach Meinung der Bundesregierung aus solchen Forschungsergebnissen zu ziehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

36. Abgeordneter **Dr. Schachtschabel** (SPD)	Welche Auffassung vertritt die Bundesregierung zur Einführung von Wechselkennzeichen an Kraftfahrzeugen?
37. Abgeordneter **Dr. Schachtschabel** (SPD)	Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit, erwerbsunfähige Frührentner bei der Benutzung der Deutschen Bundesbahn in die sogenannte „Seniorenklasse" mit einzubeziehen?
38. Abgeordneter **Dr. Schmitt-** **Vockenhausen** (SPD)	Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, bei der Umrüstung von vorhandenem Fluggerät auf leisere Triebwerke zur Minderung des Fluglärms dadurch einen Anreiz zu geben, daß frühzeitig umrüstenden Fluggesellschaften Vorzugsstellungen (z. B. im Rahmen der Nachtflugbeschränkungen u. ä.) eingeräumt werden?

39. **Abgeordneter Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß dem Bau einer Nordland-Autobahn von Lübeck über Lüneburg bis Wolfsburg der wirtschaftlichen Entwicklung des schleswig-holsteinischen und niedersächsischen Zonenrandgebiets größte Bedeutung beikommt, und wann gedenkt die Bundesregierung, diese Nordland-Autobahn in den Bedarfsplan zum Gesetz über den Ausbau der Bundesfernstraßen aufzunehmen?

40. **Abgeordneter Dr. Hammans** (CDU/CSU)

Wann wird mit dem Neubau der Umgehungsstraße im Verlauf der Bundesstraße 9 im Ortsteil Hüls der Stadt Kempen begonnen werden, und wie lange wird die voraussichtliche Bauzeit betragen?

41. **Abgeordneter Dr. Hammans** (CDU/CSU)

Wer wäre dafür verantwortlich, wenn mit dem dringend notwendigen Ausbau der Umgehungsstraße der B 9 an dieser Stelle bei den bekannten katastrophalen und stets Menschenleben gefährdenden Engpässen nicht im Herbst 1974 begonnen werden könnte?

42. **Abgeordneter Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

Welche besonderen Ausbildungsvorschriften im Bereich der Binnenschiffahrt sind für die Führer von Schiffen mit gefährlichen Ladegütern nach ADNR vorgesehen?

43. **Abgeordneter Peter** (SPD)

Trifft es zu, daß die Deutsche Bundesbahn langfristig beabsichtigt, die Bundesbahndirektion Saarbrücken aufzulösen, und ist die Bundesregierung gegebenenfalls gewillt, die Deutsche Bundesbahn zu veranlassen, eine solche Absicht nicht weiter zu verfolgen?

44. **Abgeordneter Spranger** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Auflösung der im Bereich der strukturschwachen Region Westmittelfrankens liegenden Stückgutbahnhöfe Dinkelsbühl, Treuchtlingen, Wassertrüdingen, Bad Windsheim, Gunzenhausen, Heilsbronn und Rothenburg ob der Tauber zu schwerwiegenden Nachteilen für diese Region führen würde, und wie ließe sich eine solche Benachteiligung im Verhältnis zu den Ballungszentren rechtfertigen?

45. **Abgeordneter Spranger** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß sich die Frachtkosten für die nicht am Ort von Stückgutbahnhöfen gelegenen Gewerbebetriebe ganz wesentlich erhöhen, wenn der Stückgutverkehr nicht über einen nahegelegenen Bahnhof abgewickelt werden kann, und daß die im Bereich Westmittelfrankens z. T. bereits überlasteten Straßen und Bundesstraßen nicht in der Lage sind, den bei Auflösung der Stückgutbahnhöfe dann zu erwartenden Lastkraftwagenverkehr zu bewältigen?

46. **Abgeordneter** **Lenzer** (CDU/CSU)	Welche Pläne hat die Bundesregierung hinsichtlich der Bundesbahnstrecke Dillenburg—Wallau?
47. **Abgeordneter** **Lenzer** **(CDU/CSU)**	Welche Maßnahmen sind seitens der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost geplant, um eine bessere Verbindung zwischen den Gemeinden Bischoffen, Niederweidbach und Oberweidbach (ehemaliger Kreis Biedenkopf) mit der neuen Kreisstadt Wetzlar zu erreichen?
48. **Abgeordneter** **Zebisch** **(SPD)**	Nach welchem Zeitplan soll der Bau der B 15 (neu) Weiden—Hof durchgeführt werden, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung zur Stabilisierung der Beschäftigung auf dem Bausektor, die Baumaßnahmen beschleunigt in Angriff zu nehmen und durchzuführen?
49. **Abgeordneter** **Böhm** **(Melsungen)** **(CDU/CSU)**	Da sich nach der Stillegung der Strecke Waldkappel/Malsfeld die Fahrpreise der Deutschen Bundesbahn durch die Verlagerung des Verkehrs von der Schiene auf die Straße für die Bundesbahnkunden erheblich verteuert haben (von Melsungen nach Spangenberg erhöhten sich die Kosten einer Monatskarte von 39 DM auf 45 DM, von Adelshausen nach Spangenberg von 25 DM auf 35 DM), frage ich die Bundesregierung, wie sie eine derartige finanzielle Mehrbelastung der Bürger, die ohnehin auf Grund der Stillegung der Bahnstrecke genügend Schwierigkeiten in Kauf nehmen müssen, beurteilt und ob sie Möglichkeiten sieht, die Fahrpreise auf den alten Stand zu reduzieren?
50. Abgeordneter **Straßmeir** (CDU/CSU)	Wie hoch schätzt die Bundesregierung den Faktor „richtiger Reifenluftdruck" für die Verkehrssicherheit von Kraftfahrzeugen ein?
51. **Abgeordneter** **Flämig** (SPD)	Wann ist damit zu rechnen, daß die bisher getrennten Fernsprech-Ortsnetze der früheren Gemeinden Ravolzhausen und Rüdigheim (Landkreis Hanau) zum einheitlichen Ortsnetz der Gemeinde Neuberg (Main-Kinzig-Kreis) vereinigt werden?
52. **Abgeordneter** **Dr. Evers** (CDU/CSU)	Ist der Bundesregierung bekannt, daß durch die Erhöhung der Postgebühren bedauerlicherweise auch persönliche Verbindungen in die DDR belastet werden, und daß hierdurch vorwiegend diejenigen betroffen werden, die selbstlos aus humanitären Gründen drüben helfen wollen?
53. **Abgeordneter** **Dr. Evers** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung bereit, auf eine Senkung der Paketgebühren für private Sendungen in die DDR hinzuwirken und den Gebührenausfall aus Bundesmitteln zu ersetzen?

54. **Abgeordneter Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)	Welche Poststellen in kleinen Landgemeinden und Ortsteilen sind im Bereich der Oberpostdirektion Frankfurt/Main seit dem 1. Januar 1972 aufgelöst worden, welche sollen aufgelöst werden, und wie gedenkt die Deutsche Bundespost eine bürgernahe Versorgung der Bevölkerung mit ihren Dienstleistungen in diesen Bereichen durchzuführen?
55. **Abgeordneter Dr. Riedl (München)** (CDU/CSU)	Wie nimmt die Bundesregierung zu den — insbesondere auf Artikel 5 des Grundgesetzes gestützten — verfassungsrechtlichen Bedenken gegen die einschneidenden Änderungen der Bestimmungen über Rundfunk-Empfangsanlagen Stellung, die sie mit Erlaß der „Bestimmungen über Gemeinschaftsantennenanlagen mit aktiven elektronischen Bauelementen" vorgenommen hat, und wie rechtfertigt die Bundesregierung den grundsätzlichen Ausschluß eines Anspruchs auf Erteilung und Genehmigung zum Errichten und Betreiben von Gemeinschaftsantennenanlagen?

Bonn, den 20. September 1974